

China, lasse die tibetischen Mönche aus der Isolationshaft frei!

Anfangs des Monats wurden zwei tibetische Mönche willkürlich festgenommen, die im Kreis Ngaba in der Autonomen Präfektur Ngaba und Qiang, Provinz Sichuan, an verschiedenen Tagen Einzelproteste unternommen hatten. Ihr derzeitiger Verbleib ist nicht bekannt.

Die örtlichen Sicherheitskräfte führten den 23jährigen Dorjee Rabten am 5. September ab, als er in der Kreisstadt Ngaba demonstrierte. Was für Slogans er rief und auf welche Weise er seinen Protest ausführte, ist nicht bekannt. Dorjee Rabten, ein Mönch des Klosters Kirti, ist in der Gemeinde Meruma im Kreis Ngaba gebürtig. Sein Lehrer war ein Mönch namens Lobsang Dawa in demselben Kloster. Man weiß sonst nichts über ihn.



Die Identität des anderen Mönches ist völlig unbekannt. Den Quellen zufolge wurde er in der ersten Septemberwoche festgenommen.

Das Kloster Kirti und die Kreisstadt Ngaba waren in den letzten Jahren Schauplatz etlicher Selbstverbrennungen und anderer Proteste von Mönchen, ehemaligen Mönchen und Laientibetern.

Die Behörden überfielen das Kloster 2011, nahmen Hunderte von Mönchen fest und unterzogen sie der „politischen Umerziehung“. Ortsansässige Tibeter, die die Mönche beschützen wollten, wurden geschlagen und ebenfalls festgenommen.

Das TCHRD verurteilt die Isolationshaft der beiden Mönche und ruft die chinesischen Behörden auf, sie unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Das TCHRD ist besorgt, daß die Mönche in dieser Art von Isolationshaft der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und herabwürdigender Behandlung ausgesetzt sein könnten. Die chinesischen Behörden müssen mit der verabscheuungswürdigen Praxis der Kriminalisierung der Menschenrechte und der willkürlichen Festnahme, Inhaftierung und Verschleppung von Tibetern aufhören. Die Abhaltung von friedlichen Protesten und die Kritik an staatlicher Repression sind Rechte, die von internationalen Menschenrechtskonventionen geschützt werden, die China unterschrieben und ratifiziert hat. Als Unterzeichner dieser internationalen Menschenrechtsverträge ist China verpflichtet, alle Menschenrechte zu achten, zu schützen und ihnen gerecht zu werden, darunter auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit.